

Niederschrift



Gremium: **14. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation**

Sitzungsdatum: **Mittwoch, den 01.12.2010**

Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**

Beginn: 13:02 Uhr

Ende: 15:50 Uhr

Stv. Landrätin Fries eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Anni Fries

Mitglieder:

Peter Bergmeir	
Dr. Markus Brem	ab 15:00 Uhr
Hannelore Britzlmair	
Hans-Peter Dangel	ab 14:00 Uhr
Silvia Daßler	
Marlies Fasching	
Franz Fendt	
Ludwig Fröhlich	
Peter Högg	
Hubert Kraus	
Gerhard Ringler	
Peter Schönfelder	
Robert Steppich	

Vertreter:

Annegret Kirstein	Vertretung für Frau Hannelore Britzlmair
-------------------	--

Verwaltung:

Thomas Huber	
Thomas Ihl	
Manfred Merz	zu TOP 1
Jürgen Pabel	zu TOP 2
Uwe Schwarzer	zu TOP 10
Martin Seitz	zu TOP 2
Claudia Ziegler	

Weitere Anwesende:

Christa Steinhart, VHS Augsburg Land, zu TOP 5

Schriftführerinnen:

Ulla Berger	
Brigitte Arlt	(zu TOP 11)

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. EDV-Haushalt 2011 - 1. Lesung
Vorlage: 10/0304
2. Kreishaushalt 2011 - 1. Lesung;
Behandlung des Verwaltungsentwurfs (Stand: 29.10.2010)
Vorlage: 10/0285
3. Verschiedenes
4. Wünsche und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

5. Vorstellung der pädagogischen Leiterin
der Volkshochschule Augsburg Land, Christa Steinhart
6. Vollzug Stellenplan 2010
Vorlage: 10/0302
7. Stellenplan 2011 - 1. Lesung
Vorlage: 10/0303
8. Vorstellung Ausbildung im Landratsamt Augsburg
9. Berichterstattung Projekt Landratsamt 2014
Vorlage: 10/0305
10. Berichterstattung Facility Management - Aktueller Stand
Vorlage: 10/0306
11. Verschiedenes
12. Wünsche und Anfragen

Öffentliche Sitzung

TOP 1 EDV-Haushalt 2011 - 1. Lesung Vorlage: 10/0304
--

Herr Merz präsentiert den EDV-Haushaltsentwurf 2011 (s. Anlage zur Niederschrift).

Zum multifunktionalen Dienstausweis möchte **Kreisrat Ringler** wissen, was passiert, wenn jemand seine Karte verliert und diese in unbefugte Hände kommt. Dann bestehe ein hohes Sicherheitsrisiko. Laut **Herrn Merz** verfügt die Karte über eine vierstellige PIN. Der Verlust einer Karte müsse umgehend gemeldet werden. Die Karte könne dann zentral sofort gesperrt werden. Zur Wahrung der Sicherheit sollen darüber hinaus die vordere und hintere Eingangstüre mit Geräten für die Tasteneingabe nachgerüstet werden. In den Nachtstunden sowie an Sonn- und Feiertagen müsste dann zusätzlich der PIN-Code der jeweiligen Karte eingegeben werden. So könne verhindert werden, dass Unbefugte das Gebäude betreten.

Kreisrat Högg fragt nach, ob die PCs hierfür umgerüstet werden müssen. **Herr Merz** berichtet, dass heuer 120 PCs ausgetauscht wurden, die schon über entsprechende Tastaturen verfügen. Der Mehrpreis für die Tastatur liege bei 3 Euro. Im nächsten Jahr werden bereits die Hälfte der vorhandenen PCs sowie die Tastaturen ausgetauscht sein.

Kreisrätin Fasching bittet um Auskunft, ob der SELECT-Neukauf irgendwelche Vorteile gegenüber dem MS Enterprise Agreement-Vertrag habe. Dies ist nach Mitteilung von **Herrn Merz** nicht der Fall. Der Enterprise Agreement-Vertrag beinhalte im Gegensatz zum MS Select das Update, weshalb es sinnvoll wäre, diesen Vertrag weiterzuführen. Der MS Enterprise Agreement-Vertrag mit dem Bund laufe aus und werde im Frühjahr des nächsten Jahres neu verhandelt. Es könne sein, dass sich dadurch noch Verschiebungen im Preisgefüge ergeben.

Kreisrat Fröhlich erkundigt sich nach Alternativen. **Herr Merz** erklärt, dass Alternativen aus heutiger Sicht nicht vorhanden seien.

Zur Leasing-Übersicht verweist **Stv. Landrätin Fries** auf den vom Ausschuss gefassten Beschluss, sich für Leasing zu entscheiden. Damit habe man damals Neuland betreten. Heute könne festgestellt werden, dass dies eine weise Entscheidung gewesen sei.

Kreisrat Schönfelder führt aus, er habe weniger Fragen zu den Zahlen, sondern zu den von Herrn Merz dargelegten Inhalten. Er spricht insbesondere die elektronische Personalakte an und möchte wissen, ob es sich dabei um die im Haus geführten Personalakten für die Beschäftigten handelt. Kreisrat Schönfelder fragt nach, ob es im Hinblick auf die geplante Umstellung auch eine Stellungnahme des Personalrats sowie eine Dienstvereinbarung gebe und wie das Einsichtsrecht der Beschäftigten in einer elektronischen Personalakte abgesichert werden solle. Ferner interessiert sich Kreisrat Schönfelder dafür, ob es auch eine Dienstvereinbarung über Heimarbeitsplätze gibt und wie die Arbeitszeiten kontrolliert werden. Die Verträge mit Microsoft laufen im September 2011 aus. Die Frage sei, ob man sich darauf einigen könnte, dass Verträge zukünftig so gestaltet werden, dass die Vertragsdauer einem Haushaltsjahr entspricht.

Herr Merz legt dar, dass der erste Vertragsabschluss mit Microsoft im September erfolgte. Es sei schwierig, mit Microsoft abweichende Vertragslaufzeiten zu vereinbaren. Dies sei zum Teil auch so im Rahmenvertrag mit dem Bund festgelegt. Man könnte es aus Sicht von Herrn Merz aber durchaus einmal versuchen, andere Vertragslaufzeiten zu vereinbaren.

Herr Seitz merkt an, ihm sei die Notwendigkeit nicht bewusst, dies an das Haushaltsjahr anzupassen. Wenn man den Vertrag wie augenblicklich weiter laufen lasse, dann habe der Ausschuss hier und heute die Möglichkeit, dies in den Haushalt einzustellen, so dass man dann im laufenden Haushaltsjahr 2011 darauf vorbereitet sei. Herr Seitz gibt zu bedenken, dass der Haushalt im Falle eines Vertragsbeginns zum 01.01.2011 noch lange nicht verabschiedet geschweige denn genehmigt sei. Dies bedeute, der Landkreis würde einen Vertrag abschließen, obwohl der dafür zugrunde liegende Haushalt noch gar nicht verabschiedet sei, es sei denn, der Vertragsabschluss erfolge ein ganzes Jahr vorher.

Kreisrat Schönfelder stellt fest, man melde jetzt die Mittel für den Zeitraum September 2011 bis Dezember 2011 an. Für die restliche Vertragslaufzeit müssten dann Mittel im Jahr 2012 angesetzt werden.

Herr Merz erläutert, dass der Betrag immer der gleiche sei. Dieser werde einmalig im September zu Vertragsbeginn gezahlt.

Kreisrat Schönfelder erklärt, er wolle sein Begehren als Antrag formulieren. Wenn ihn jemand aus der Verwaltung vom Gegenteil überzeugen könne, dann könne er gerne damit leben. Er hätte dies aber gerne zur Abstimmung gebracht.

Kreisrat Ringler pflichtet der Aussage von Herrn Seitz bei. Auch er sehe keine Notwendigkeit einer Anpassung ans Haushaltsjahr.

Zur Neuanschaffung fragt Kreisrat Ringler nach, ob es möglich sei, die Ausschreibung für den Server zu splitten, um eine europaweite Ausschreibung vermeiden zu können. Hierüber wurde laut **Herrn Merz** bereits nachgedacht. Dies müsse man vorher aber noch juristisch absichern lassen.

Stv. Landrätin Fries lässt über den Antrag von Kreisrat Schönfelder abstimmen, die Fortführung des MS Enterprise Agreement-Vertrags mit der Fa. Microsoft auf ein Kalenderjahr festzulegen.

Der Ausschuss spricht sich mit **9:3 Stimmen** für die bisherige Vorgehensweise aus. Der Antrag von Kreisrat Schönfelder ist damit abgelehnt.

Anschließend äußert sich **Herr Huber** zur elektronischen Personalakte. Er verweist auf das seit zwei Jahren im Echteinsatz befindliche Personalverwaltungssystem (PWS) und die dazugehörige Dienstvereinbarung, der auch der Personalrat zugestimmt habe. Für die weitergehende Einführung der elektronischen Personalakte wäre eine neue Dienstvereinbarung abzuschließen.

Im Haus gebe es einige Heimarbeitsplätze. Dazu werde eine Vereinbarung mit dem Mitarbeiter abgeschlossen, in der festgehalten sei, wie viele Stunden zuhause gearbeitet werde. Die Stundenabrechnung werde dem Vorgesetzten vorgelegt, von diesem abgezeichnet und von der Personalverwaltung eingegeben. Die Mitarbeiter loggen sich mit einem Token ein, so dass die Arbeitszeiten am PC kontrolliert werden können. Auch hierzu gebe es eine Dienstvereinbarung, in die der Personalrat involviert gewesen sei.

Kreisrat Steppich möchte wissen, aus welchem Bereich die Heimarbeitsplätze kommen und wie dies begründet sei. Von **Herrn Huber** wird mitgeteilt, dass z. B. in den Bereichen Heimarbeitsplätze vorhanden seien, in denen Sozialpädagogen Gerichtsgutachten schreiben. Im Landratsamt werden diese Gutachten dann ausgedruckt und unterschrieben. Ferner gebe es z. B. Heimarbeitsplätze für Mitarbeiter, die Abrechnungen im Bereich des Jugendamtes vornehmen.

Kreisrat Steppich fragt nach, ob sichergestellt werden könne, dass niemand diese Abrechnungen zuhause einsehen könne. **Herr Huber** teilt mit, in der Vereinbarung sei klar festge-

legt, dass die Unterlagen weggesperrt und der Datenschutz eingehalten werden müsse. Deshalb wäre es für die Zukunft optimal, über elektronische Akten am PC zu verfügen. Im Bereich des Verkehrswesens wurden sämtliche Akten bereits digitalisiert. Für die elektronische Personalakte werden ebenfalls alle Unterlagen aus dem Personalakt eingescannt. Diese können dann über bestimmte Masken aufgerufen werden. Mit dieser Akte könne allerdings nur der Mitarbeiter der Personalverwaltung arbeiten, dem hierauf ein Zugriff gewährt werde.

Auf Nachfrage von **Kreisrat Fröhlich** stellt **Herr Huber** nochmals dar, dass teilweise auch Akten mit nach Hause genommen werden. Der jeweilige Mitarbeiter werde in einer Vereinbarung auf Datenschutz verpflichtet und müsse zuhause über einen absperrbaren Schrank verfügen.

Stv. Landrätin Fries merkt an, eine 100 %ige Sicherheit werde es nirgends geben und ruft den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

TOP 2 Kreishaushalt 2011 - 1. Lesung; Behandlung des Verwaltungsentwurfs (Stand: 29.10.2010) Vorlage: 10/0285

Sachverhalt:

Die Verwaltungsvorlage zum Kreishaushalt 2011 (Stand: 29.10.2010) wurde den Mitgliedern des Kreistages in der Kreistagssitzung am 15.11.2010 ausgehändigt. Dem Vorlageschreiben liegt ein detailliertes Inhaltsverzeichnis bezüglich der überlassenen Unterlagen bei.

Die bereits im Vorjahr durchgeführte Praxis, die Haushaltsberatungen zu straffen und eine frühere Verabschiedung des Kreishaushaltes anzustreben, soll fortgeführt werden. Um dieses vorgegebene Ziel zu erreichen, wird es notwendig werden, dass sich die im Kreistag vertretenen Fraktionen möglichst umgehend nach der ersten Lesung mit der Haushaltsvorlage auseinandersetzen, so dass die Fachausschüsse ab 17.01.2011 empfehlende Beschlüsse abgeben können. Eine solche Verfahrensweise würde es möglich machen, den Kreishaushalt Ende Januar 2011 im Kreisausschuss abschließend zu behandeln und voraussichtlich Ende Februar 2011 im Kreistag zu verabschieden.

Aufgrund der bisherigen Terminplanung (Sitzungsplan September 2010 bis Februar 2011, Stand: 12.10.2010) ist vorgesehen, die Fachausschussempfehlungen in der Kreisausschusssitzung am 31.01.2011 zu behandeln, einen Haushaltsabgleich vorzunehmen und die Verabschiedung des Kreishaushaltes 2011 dem Kreistag zu empfehlen. Aufgrund der bisherigen Terminvorstellungen kann davon ausgegangen werden, dass der Kreistag die Haushaltssatzung für das Jahr 2011 und den Finanzplan für die Jahre 2012 bis 2014 am 28.02.2011 beschließen soll.

Die Verwaltungsvorlage enthält insbesondere bezüglich der staatlichen Finanzausgleichsleistungen, des interkommunalen Finanzausgleichs, der Umlagenzahlungen an diverse Zweckverbände, der Verlustbeteiligung an Gesellschaften, der Betriebsmittelverluste des Klinikums und hinsichtlich der Bezirksumlage nur vorläufige Ansätze. In vielen Fällen wird ein verbindlicher Haushaltsansatz erst in der zweiten Dezemberhälfte 2010 möglich sein. Dies trifft ebenso für eine Reihe von Einzelpositionen zu, die in Folge von Eckwertebeschlüssen sowie von Entscheidungen über Neu- und Erhöhungsanträge gesondert zu behandeln sind. Insofern ist die Verwaltungsvorlage zum Kreishaushalt 2011 hinsichtlich des ungedeckten Bedarfs im Verwaltungshaushalt, welcher auszugleichen sein wird, noch mit erheblichen Risiken verbunden.

Der Verwaltungsentwurf zum Wirtschaftsplan 2011 für den Abfallwirtschaftsbetrieb wird vom Werkausschuss am 09.12.2010 behandelt und ein empfehlender Beschluss herbeigeführt.

Nähere Erläuterungen erfolgen in der Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation am 01.12.2010.

Herr Seitz verweist auf die Ausgangslage mit der Präsentation des Verwaltungsentwurfs im Kreistag. Er ruft in Erinnerung, dass im Verwaltungshaushalt ein ungedeckter Bedarf von 8 Mio. € vorhanden sei, der ständig gewissen Veränderungen unterworfen sei. So sei im Verwaltungsentwurf eine Erhöhung der Bezirksumlage um 2 Punkte eingerechnet gewesen. Mittlerweile verdichte sich, dass der Bezirk Schwaben die Bezirksumlage wohl um 2,5 Punkte erhöhen werde. Dies bedeute für den Landkreis einen zusätzlichen Bedarf von 900.000 €. Daneben seien mittlerweile auch die Gespräche des Kommunalen Finanzausgleichs so weit gediehen, dass erste Erkenntnisse daraus abgeleitet werden können. Schwieriger gestalte sich der Bereich der Schlüsselzuweisungen. Es sei zu befürchten, dass nochmals eine Korrektur auf der Einnahmenseite um vermutlich 1,6 Mio. € vorgenommen werden müsse. Diese Zahl stütze sich auf eine Prognose des Bayer. Landkreistages, der sich diesbezüglich in der Vergangenheit aber auch schon getäuscht habe.

Lege man diese Zahlen noch zugrunde, so käme man augenblicklich auf einen ungedeckten Bedarf von 10,6 Mio. €, was rein rechnerisch einer Kreisumlagerhöhung um 6 Punkte entsprechen würde.

Hinzu kommen aber auch noch einige entlastende Punkte, so Herr Seitz. So werde z. B. die Krankenhausumlage voraussichtlich um 300.000 € niedriger ausfallen.

Herr Seitz teilt mit, dass den Fraktionen noch vor Weihnachten die Fortschreibungen zum Haushalt zur Verfügung gestellt werden sollen, in der dann verlässlichere Zahlen hinsichtlich der Umlagekraft, der Schlüsselzuweisungen und den übrigen Positionen aus dem Finanzausgleich enthalten sein werden.

Herr Seitz erläutert daraufhin die einzelnen Positionen der Ausschussvorlage.

Lfd. Nr. 1 c (Dienstreisen)

Herr Seitz berichtet, dass in der Vergangenheit immer wieder versucht wurde, die Ausgaben für die Dienstreisen auf 150.000 € zu deckeln. Allerdings gebe es nun zum einen eine Änderung in der Reisekostenabrechnung, während zum anderen in den letzten Jahren insbesondere im Jugendamt mehr Mitarbeiter eingestellt wurden, so dass dadurch höhere Reisekosten anfallen. Aus diesem Grund soll der Ansatz auf 175.000 € erhöht werden.

Kreisrat Schönfelder erklärt, es sei in Ordnung, den Betrag zu deckeln. Die Frage sei aber, was passiere, wenn solche Ansätze überzogen werden und wer dies während des Haushaltsjahres kontrolliere. Von **Herrn Seitz** wird mitgeteilt, dass der Dienstreiseantrag vom Sachgebietsleiter bzw. Abteilungsleiter genehmigt und dann von einer zentralen Stelle im Haus abgerechnet werde. Ob das Gesamtbudget überschritten werde, könne nur von der Personalverwaltung festgestellt werden, wo die Dienstreisen zentral laufen. Würde es zu überplanmäßigen Ausgaben kommen, dann können diese bis zu einer gewissen Höhe vom Landrat bewilligt werden. Gehen die Ausgaben darüber hinaus, müsse der Personalausschuss gegenüber dem Kreisausschuss eine Empfehlung zur Genehmigung der überplanmäßigen Ausgaben abgeben.

Kreisrat Steppich kommt auf die im Vorspann von Herrn Seitz genannten Zahlen für den Gesamthaushalt zurück. Seit längerem wisse man, dass diese nicht besonders gut aussehen. In seiner Fraktion seien insbesondere die Personalkosten aufgrund der Steigerungen seit 2007 (über 3,5 Mio. € mehr) ein heftig diskutiertes Thema. Dies seien stattliche Positionen, die dem Landkreis bei den Investitionen fehlen. Eine beim Abfallwirtschaftsbetrieb nicht

mehr benötigte Stelle solle nun ebenfalls für den Hochbau verwendet werden. Die Frage sei, ob es aufgrund der Gesamtsituation nicht zwingend notwendig wäre, auch bei den Personalausgaben stärker die Schraube anzusetzen. Wenn Geld fehle, dann werde man auch im Hochbau Maßnahmen strecken müssen. Die Lohnerhöhungen seien in Ordnung. Allerdings seien einige Stellen hinzu gekommen, die das Budget nach oben treiben. Eine Steigerung um über 1 Mio. € im Jahr sei schon eine heftige Hausnummer, so Kreisrat Steppich.

Herr Huber legt dar, dass ein Umbau von mehreren Schulen mit den entsprechenden Investitionen nicht ohne neues Personal möglich sei. Hinzu kommen die neu eingestellten Wirtschaftsförderer. Gleiches gelte für den Bereich des Klimaschutzes. Dies alles wurde von den Ausschüssen entsprechend beschlossen und spiegle sich nun im Personalhaushalt entsprechend wieder.

Kreisrat Steppich erklärt, dass im Hochbau bereits zwei Mitarbeiter eingestellt wurden, weil man die Notwendigkeit erkannt habe. Nun werde eine dritte Stelle vom Abfallwirtschaftsbetrieb herüber genommen. Dies sei vielleicht eine Hausnummer zu hoch.

Kreisrat Fendt wirft die Frage auf, ob gewisse Aufgaben nicht nach außen vergeben werden könnten, da die vorgesehenen Maßnahmen ja lediglich ein paar Jahre in Anspruch nehmen werden. Von **Herrn Huber** wird mitgeteilt, dass die neu eingestellten Mitarbeiter befristete Verträge erhalten. Zur Personalentwicklung werde in nichtöffentlicher Sitzung noch ausführlich Stellung genommen. Im Kreisausschuss wurde diese Diskussion bereits geführt. Dabei wurde genau erläutert, wie diese Zahlen zustande kommen. Dies könne man auch nochmals im Personalausschuss darstellen.

Kreisrat Steppich entgegnet, der Ansatz steige nun seit vier Jahren konstant nach oben. Dies werde ein Punkt sein, auf den man verstärkt das Augenmerk legen müsse.

Kreisrat Bergmeir merkt an, er könne dem nur zustimmen. Die Stellenmehrungen habe der Personalausschuss sicherlich so beschlossen. Weitere Stellenmehrungen im Stellenplan 2011 müssen nun sehr vorsichtig angegangen werden. Man habe nicht damit gerechnet, dass im Jahr 2011 eine so katastrophale Lage für den Haushalt des Landkreises entstehen werde. Im Bereich der Jugendarbeit sei es ebenso zu Stellenmehrungen gekommen wie im Bereich der Wirtschaftsförderung oder beim Klimaschutz. Hier sei die Situation momentan nicht optimal, weshalb grundsätzlich nochmals auf den Prüfstand gestellt werden sollte, ob man in den Klimaschutz so intensiv einsteigen sollte, wie man es sich ursprünglich vorgestellt habe. Unter der Prämisse der Entwicklung des Haushaltes 2011 müsse man sehr vorsichtig sein.

Auch die Reisekosten müssen aus Sicht von Kreisrat Bergmeir nochmals hinterfragt werden. Wenn der Ansatz budgetiert sei, dann müsse auch ein Controlling stattfinden, damit dieser Betrag nicht überschritten werde. Es sei klar, dass höhere Kosten entstehen, nachdem insbesondere auch die Mitarbeiter des Jugendamtes verstärkt vor Ort seien. Die Frage sei aber, ob eine Erhöhung in diesem Umfang notwendig werde.

Wichtig seien aber insbesondere die Personalkosten. Die tariflichen Steigerungen seien festgelegt. In einem gewissen Umfang habe man den Ansatz aber sicherlich in der Hand. Auch im Kreistag wurden Luftschlösser gebaut, was Baumaßnahmen anbelange. Die Schulbaumaßnahmen werde man nicht so abwickeln können, wie man sich dies vorgestellt habe. Es bleibe zu hoffen, dass im Hochbau dann nicht Stellen mitgezogen werden, die man nicht mehr brauche, weil Investitionen nicht getätigt werden können.

Zu den Reisekosten verweist **Herr Huber** auf die Sondersituation, dass in diesem Jahr das Reisekostenrecht geändert wurde. Künftig zähle der Dienstweg für die Mitarbeiter nicht mehr mit. Intern werde deshalb darüber nachgedacht, mehr Dienstwagen zu beschaffen. Solche

Rechtsänderungen des Ministeriums führen in der Praxis oft zu großen Problemen, die man nun versuchen müsse, zu lösen.

Kreisrat Fröhlich meint, dass es durchaus sinnvoll wäre, mehr Dienstwägen einzusetzen, um die immensen Reisekosten abzufangen.

Kreisrätin Fasching vertritt die Auffassung, dass insbesondere in der Jugendhilfe mehr Personal notwendig sei. Es gebe dort einen Zuwachs an Problemen, die man nicht einfach wegstreichen könne. Kreisrätin Fasching interessiert sich dafür, wie der Landkreis im landesweiten Vergleich mit seinen Ausgaben liegt.

Herr Huber berichtet, man habe einen solchen Vergleich gemacht, der sich auf den Anteil der Personalkosten am Verwaltungshaushalt bezieht.

Herr Ihl informiert darüber, dass die Personalkosten des Landkreises Augsburg im Jahr 2009 verglichen zum Gesamthaushalt insgesamt 14,4 % betragen. Im Landkreis Aichach-Friedberg seien es 11,7 %. Ergänzend dazu informiert **Herr Huber** darüber, dass der Landkreis Aichach-Friedberg über eine Personalservicegesellschaft verfüge. Die Kosten für diese Mitarbeiter tauchen nicht im Haushalt auf.

Die weiteren Nachbarn, Donau-Ries, Lindau, Günzburg und Ostallgäu liegen laut **Herrn Ihl** mit ihren Personalkosten bei 17,35 %, 16,7 %, 17,25 % und 15 %. Dies bedeute, dass der Landkreis Augsburg mit seinen Personalkosten an zweitletzter Stelle zu finden sei.

Kreisrat Fendt gibt zu verstehen, die Haushaltslage 2011 sei schon länger bekannt. Der Vorgänger von Herrn Seitz habe bereits davor gewarnt, was dann auf den Landkreis zukomme. Die FDP-Fraktion habe den Eindruck, dass der Landkreis mit Personaleinstellungen ein bisschen zu locker umgehe. Dies sei in der Privatwirtschaft so nicht möglich. Dort werde sehr hart und sauber gerechnet.

Herr Huber führt aus, Grundlage für die Einstellungen sei der Stellenplan. Es können nur Stellen besetzt werden, die vom Personalausschuss auch bewilligt wurden. Um dies transparenter zu machen, habe man entsprechend reagiert und in den neuen Vorlagen auch die Kosten der Folgejahre aufgeführt.

Auch im EDV-Haushalt findet sich laut **Kreisrat Steppich** eine Personalmehrung von 40.000 € wieder. Er möchte wissen, ob hier ebenfalls eine Stelle von einer anderen Abteilung abgezogen wurde. Dazu erläutert **Herr Huber**, dass die EDV von den Landkreisschulen früher selbst beschafft wurde, weshalb verschiedene Systeme vorhanden waren. Diese Aufgabe wurde inzwischen zentralisiert. Dafür seien nun zwei Mitarbeiter nötig.

Kreisrat Schönfelder kommt auf die Personalservicegesellschaft des Landkreises Aichach-Friedberg zurück. Er möchte wissen, ob eine solche Vorgehensweise vom Landkreis jetzt und auch für die Zukunft ausgeschlossen werde. Ausschließen kann man dies aus Sicht von **Herrn Huber** nicht. Über eine Personalservicegesellschaft habe der Arbeitgeber die Möglichkeit, Mitarbeiter einzustellen, für die der TVöD nicht gelte. Er selbst sei allerdings kein Fan hiervon, so Herr Huber. Wenn man einen Stellenplan habe, dann solle hiernach vorgegangen werden. Gründe man eine Personalservicegesellschaft, so entstehe dadurch ein Scheinhaushalt.

Kreisrat Schönfelder bittet darum, auf jeden Fall im Personalausschuss darüber zu diskutieren, wenn solche Überlegungen anstehen. **Herr Huber** erklärt, es gebe derzeit keinerlei Überlegungen in diese Richtung.

Stv. Landrätin Fries wirft in Anbetracht der Diskussion zu den Personal- und Fahrtkosten außerdem die Frage auf, ob es immer notwendig sei, dass eine halbe Fußballmannschaft zu Ortsterminen fahre. Sie habe dies heuer bei Ortsterminen in Sachen Biber ein paar Mal erlebt. Es seien 4 bis 5 Personen einen halben Tag durch einen solchen Termin gebunden. Hier müsse es ausreichen, wenn der Biberberater zu einem solchen Termin erscheine. Dies treffe sicherlich auch auf andere Ortstermine zu. Stv. Landrätin Fries betont, hier müsste Einiges hinterfragt werden und bittet die Verwaltung um Klärung.

Kreisrat Fendt möchte wissen, welche Kosten dem Landkreis für die Biberproblematik entstehen. **Stv. Landrätin Fries** bittet bis zur nächsten Sitzung um eine Aufstellung, welche Kosten für die Biberberater jährlich anfallen.

Kreisrat Ringler merkt an, scheinbar gebe es in manchen Bereichen noch zu viel Geld. So wurden nach seinen Informationen im Herbst nur deshalb noch schnell Gitter eingekauft, weil noch Geld zur Verfügung stand, das laut Aussage des Biberberaters „verbraten“ werden musste. **Stv. Landrätin Fries** erklärt, man werde Herrn Eiblmaier zur Berichterstattung in die Sitzung einladen.

Kreisrat Fröhlich fragt nach, ob bekannt sei, wie viele Mitarbeiter 2011 bzw. heuer noch ausscheiden. Eventuell könnte man im Einzelfall eine Wiederbesetzungssperre für einen bestimmten Zeitraum vereinbaren. **Herr Huber** teilt mit, die angemeldeten Personalkostenansätze werden zunächst mit der Kämmerei abgestimmt. Dabei werde auch geklärt, welche wegfallenden Mitarbeiter nicht ersetzt werden bzw. welche Mitarbeiter ersetzt werden müssen. Auch der Zeitpunkt der Wiederbesetzung der Stelle werde dabei abgestimmt. Bei der Beratung in nichtöffentlicher Sitzung sollen dazu entsprechende Vorschläge unterbreitet werden. Der Freistaat Bayern habe zum 1. Oktober die Wiederbesetzungssperre von bisher 3 Monaten auf 1 Jahr angehoben. In Bereichen mit nur 3 oder 4 Mitarbeitern wäre eine Wiederbesetzungssperre von 1 Jahr aus Sicht von Herrn Huber allerdings zu hoch angesetzt.

TOP 3 Verschiedenes

- keine Vorlage -

TOP 4 Wünsche und Anfragen

- keine -

14. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation 01.12.2010